

#### Allgemein:

Mit Beschlüssen vom 13.09.2006 und 18.04.2007 hat der Rat eine Lenkungsgruppe zur intensiven Begleitung des PPP-Verfahrens gebildet, die sich aus den Vorsitzenden der Ratsfraktionen zusammensetzte. Deren Arbeitsauftrag endete mit der PPP-Zuschlagserteilung am 09.01.2008.

Die Erfahrung im PPP-Verfahren haben gezeigt, dass der intensive Meinungs-austausch und die rechtzeitige Vorberatung wichtiger Fragestellungen zwischen Verwaltung und Lenkungsgruppe die zügige Bearbeitung des Projekts sehr unterstützt haben. Die Verwaltung ist sehr daran interessiert, diesen Weg auch während der voraussichtlich abstimmungsintensiven anfänglichen Bau- und Sanierungsphase fortzusetzen und schlägt daher vor, erneut eine Lenkungsgruppe mit angepasstem Arbeitsauftrag zu bilden.

Die Einsetzung muss auf die Dauer der laufenden Wahlperiode begrenzt werden; der nächste Rat kann erneut eine Lenkungsgruppe bilden.

#### Zu 1.:

Mit gesonderter Beschlussvorlage 235/2008 wird der Rat um die Besetzung des vertraglich vorgesehenen Schlichtungsbeirats gebeten. Ziel sollte es sein, im Streitfall die Position der Stadt in diesem Gremium innerhalb der Lenkungsgruppe abzustimmen.

#### Zu 2.:

Wie von der Verwaltung in der Ratssitzung am 09.01.2008 dargestellt, kann aufgrund der Komplexität des PPP-Projekts nicht ausgeschlossen werden, dass es zu Anpassungsbedarf in den Verträgen oder zu Nachträgen im Bau- und Sanierungsprozess kommt.

Für Vertragsänderungen ist der Rat zuständig. Für Nachträge gelten die bestehenden allgemeinen Regelungen. Vor der Sachentscheidung der Gremien sollten diese Fragen in der mit der Thematik bereits vertrauten Lenkungsgruppe vorberaten werden.

#### Zu 3.:

Kann die Entscheidung eines zuständigen Gremiums nicht rechtzeitig herbeigeführt werden, können unter den Voraussetzungen des § 60 der Gemeindeordnung NRW der Bürgermeister und ein Ratsmitglied eine Dringlichkeitsentscheidung treffen.

Diese Befugnis soll im PPP-Verfahren auf die Lenkungsgruppe übertragen werden, womit die Entscheidung eine breitere Basis erhält und die Rechte des Rates gestärkt werden.